

18.03.2020 Bund und Kassen sollen Krankenhäuser entlasten

Diakonie und DEKV fürchten horrende finanzielle Ausfälle. Sie appellieren an Regierung und Leistungsträger.

Diakonie und DEKV fürchten Verluste in Millionenhöhe für Krankenhäuser. Ein Sofortprogramm soll Handlungsfähigkeit erhalten. Pflegeentgeltwert und garantierte Budgeterlöse sollen finanziell entlasten.

Diakonie und der Deutsche Evangelische Krankenhausverband (DEKV) fordern schnelle Hilfe für Krankenhäuser während der Corona-Pandemie. Die Verbände befürchten große finanzielle Verluste für die Einrichtungen. „Ein Wegbrechen von Krankenhauskapazitäten aufgrund von Liquiditätsschwierigkeiten würde die Bewältigung der Corona-Pandemie erheblich erschweren“, sagte DEKV Vorstandsvorsitzender Christoph Radbruch. Deshalb soll ein Sofortprogramm während der Corona-Krise die Liquidität der Einrichtungen schützen.

Hürden abbauen und Arbeitsfluss gewährleisten

Konkret sollen Bund und Krankenkassen vier Maßnahmen möglichst schnell ergreifen. Die Länder sollen die Zahlungsfrist für Krankenhausrechnungen auf drei Tage verkürzen, um den Zahlungsfluss zu gewährleisten. Der Bund soll den übergangsweisen Pflegeentgeltwert von 146,55 Euro auf 200 Euro erhöhen. Die Krankenkassen sollen die MDK-Prüfungen aussetzen. Zudem schlagen die Verbände vor, die Krankenhäuser durch garantierte Budgeterlöse von 2019 inklusive Steigerungsraten wirtschaftlich zu sichern.

MDK-Prüfungen ausgesetzt

Zum Teil wurden diese Maßnahmen schon umgesetzt. So werden die MDK-Prüfungen vorerst bis Ende Mai ausgesetzt, verkündete der GKV-Spitzenverband. Laut Hochrechnungen des DEKV könnten bis zu zehn Prozent der Erlöse wegfallen, wenn nur 25 Prozent der nicht dringend behandlungsbedürftigen Patienten ausbleiben. Die Einsparungen belaufen sich hingegen auf lediglich zwei bis drei Prozent.

Der Deutsche Evangelische Krankenhausverband vertritt rund 200 evangelische Kliniken mit mehr als 120.000 Beschäftigten. Die Einrichtungen behandeln jährlich über 2,5 Millionen stationäre Patienten und über 3 Millionen ambulante.